

Stadtunkte

4|26



Stadtpunkte

4|26

IM FOKUS

- 3 Kommunale Finanzkrise verschärft sich drastisch

KALEIDOSKOP

- 5 „Bibliothek des Jahres 2026“ steht in Köln
- 5 Münster glättet historisches Kopfsteinpflaster
- 5 Hagen: Servicezentrum für zugewanderte EU-Bürger

AUS DEN STÄDTEN

- 6 Junge Ideen für Wohnkonzepte der Zukunft
- 8 Familienzentren in Köln: Qualität als Schlüssel zu Bildungschancen
- 10 Fachkräfte gesucht: Bochum setzt auf Brasilien
- 12 Bingol Ehrenamtsstiftung NRW fördert ehrenamtliche Tätigkeiten

FACHINFORMATIONEN

- 14 Schnellere Genehmigungen für Schwertransporte
- 14 Queer.Kommunal: Austausch und Vernetzung für Städte
- 14 NRW legt neuen Teilhabe- und Integrationsbericht vor

GERN GESEHEN

- 15 Der Kaisergarten in Oberhausen

TITELFOTO

Rathauslaube in Köln im Architekturführer „Baukunst-NRW“

Die westliche Vorhalle des historischen Rathauses in Köln (Foto: Thomas Robbin/Architektur-Bildarchiv) zählt zu den bedeutendsten Bauwerken der flämisch geprägten Renaissance im Rheinland. Sie wurde von 1569 bis 1573 unter dem Baumeister Wilhelm Vernucken errichtet. Der Entwurf stammt vom flämischen Architekten Cornelis Floris aus dem Jahr 1557. Diese und noch viel, viel mehr Informationen zu baulichen Besonderheiten oder der geschichtlichen Bedeutung dieses und insgesamt rund 2.700 sehenswerten Bauwerken in Nordrhein-Westfalen liefert der Online-Architekturführer „Baukunst-NRW“ der Architektenkammer NRW und der Ingenieurkammer NRW.

Der Online-Architekturführer kommt nach einem Relaunch in diesem Sommer moderner und übersichtlicher daher. Größere Fotos machen Lust aufs Stöbern, eine verbesserte Suche führt schnell zu gewünschten Bauwerken. Praktisch für unterwegs: Über eine Kartenansicht und die GPS-Funktion lassen sich interessante Bauten direkt in der Umgebung entdecken. Auch aktuelle Themen, neue Objekte und verschiedene Bauepochen sind leichter zugänglich. So wird aus der Architekturrecherche schnell eine Entdeckungstour durchs ganze Land.

baukunst-nrw.de



Kommunale Finanzkrise verschärft sich drastisch

Nur noch sieben Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen können 2026 ihre laufenden Aufwendungen aus ihren Erträgen decken. Für die kommenden Jahre ist eine weitere Verschärfung der kommunalen Finanzlage zu erwarten. Das zeigt die aktuelle Haushaltsumfrage von Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW. Beide Verbände fordern grundlegende Reformen der kommunalen Finanzausstattung.

Mehr als zwei Drittel der Kommunen bewerten ihre aktuelle Situation als mangelhaft. Noch schlechter fällt der Blick nach vorn aus: 334 Städte und Gemeinden und damit annähernd 85 Prozent rechnen für die kommenden fünf Jahre mit einer mangelhaften Finanzsituation.

Das sind zentrale Ergebnisse der aktuellen Haushaltsumfrage von Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW unter den 396 Städten und Gemeinden des Landes, vorgestellt von Thomas Kufen, Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister der Stadt Essen, und Tobias Stockhoff, Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW und Bürgermeister der Stadt Dorsten, in der Landespressekonferenz in Düsseldorf.

Besonders deutlich zeigt sich die Entwicklung beim Haushaltsausgleich. Nur noch sieben Städte und Gemeinden können 2026 ihre laufenden Aufwendungen durch Erträge decken. Damit gelingt mehr als 98 Prozent der Kommunen kein struktureller Haushaltsausgleich mehr.

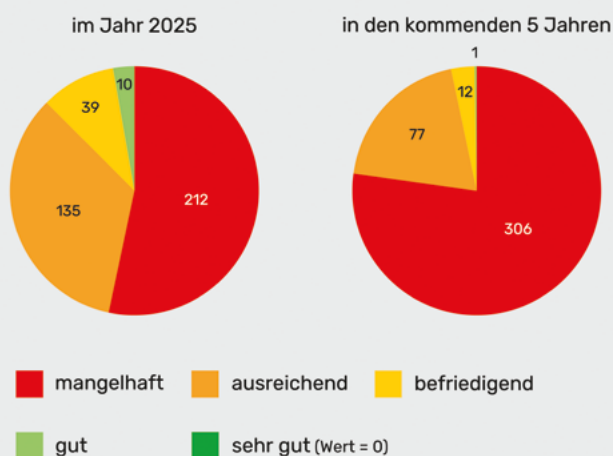
300 Kommunen müssen einen Haushalt mit Verlustvortrag führen oder ihre Rücklagen aufzehren. Zugleich steigt die Zahl der Städte und Gemeinden in der Haushaltssicherung deutlich: 89 Kommunen sind 2026 betroffen – 68 Prozent mehr als im Vorjahr. Noch alarmierender fällt die mittelfristige Prognose aus. Bis 2029 könnte die Zahl der Kommunen in der Haushaltssicherung nach den Ergebnissen der Umfrage auf 219 steigen. Damit wäre mehr als jede zweite Stadt und Gemeinde in NRW betroffen.

Haushaltsminus wird zum Dauerzustand

Kufen und Stockhoff warnten deshalb ausdrücklich vor einer Verfestigung der kommunalen Finanzkrise. Trotz sinnvoller Gegenmaßnahmen von Land und Bund blieben die Defizite auf Rekordniveau. Allein 2025 belief sich das kommunale Defizit in NRW auf rund neun Milliarden Euro.

FLÄCHENDECKEND KATASTROPHALE FINANZLAGE

HAUSHALTSUMFRAGE 2025
Einschätzung der Haushalts-/Finanzsituation vor Ort ...



„Gegen die herrschende strukturelle Unterfinanzierung kann man schlichtweg nicht ansparen.“

Oberbürgermeister Thomas Kufen
Vorsitzender des Städtetages NRW

Die Ursache sei vor allem die strukturellen Unterfinanzierung: Ausgaben für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen stiegen seit Jahren schneller als die kommunalen Einnahmen, Aufgabenübertragung und Finanzierung passten nicht mehr zusammen. Dies gelte insbesondere für bundesgesetzlich geregelte Sozialleistungen.

„Gegen die herrschende strukturelle Unterfinanzierung kann man schlichtweg nicht ansparen“, erklärten Kufen und Stockhoff. Wenn Rücklagen aufgezehrt seien und immer mehr Kommunen in die Haushalts-sicherung rutschten, gingen jedoch die politischen Gestaltungsspielräume vor Ort verloren. Geld fehle dann ebenso für Schulen, Kitas, Straßen und Brücken wie für Sport, Kultur und andere freiwillige kommunalen Leistungen.

Kurswechsel beim Land

Ausdrücklich positiv bewerteten die beiden Verbände die Entscheidungen des Landes zur hälftigen Übernahme der kommunalen Altschulden sowie die angekündigte Erhöhung des Verbundsatzes im kommunalen Finanzausgleich von 23 auf 23,5 Prozent ab 2027. Diese Schritte markierten einen Kurswechsel – sie könnten angesichts eines kommunalen Defizits von neun Milliarden Euro allerdings nur ein Anfang sein.

Zugleich sehen die Verbände den Bund in stärkerer Verantwortung. Insbesondere bei den Sozialausgaben definiere der Bund Leistungsansprüche und Standards, während ein erheblicher Teil der daraus entstehenden Kosten bei den Kommunen verbleibe. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssten aber auch gesamtstaatlich finanziert werden.

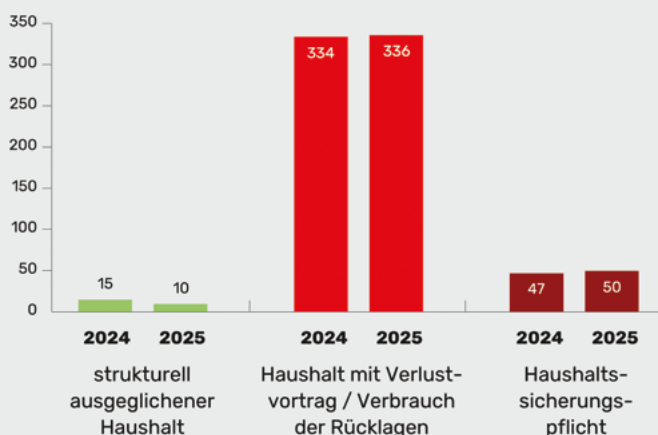
Zukunftspakt für Aufgaben und Finanzen gefordert

Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW fordern einen rechtlich verankerten Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen für eine neue Aufgabenverteilung und neue Finanzbeziehungen, bei dem die Kommunen gleichberechtigt beteiligt werden müssten.

Dabei dürfe es nicht allein um bessere Finanzierungsregeln für künftige Gesetze gehen. Auch bestehende Aufgaben und Standards müssten auf den Prüfstand – ausdrücklich auch im Sozialbereich. Und der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ müsse umfassend gelten.

HAUSHALTSDEFIZITE SIND DAS NEUE NORMAL

HAUSHALTSUMFRAGE 2025
Haushaltsstatus von Städten und Gemeinden



„Bibliothek des Jahres 2026“ steht in Köln

Die Zentralbibliothek für Medizin „ZB MED – Informationszentrum Lebenswissenschaften“ in Köln erhält in diesem Jahr den mit 20.000 Euro dotierten nationalen Bibliothekspreis „Bibliothek des Jahres 2026“ des Deutschen Bibliotheksverbandes. Auszeichnungswürdig sind laut Jury das Forschungsdatenmanagement der Bibliothek, ihr Engagement für Open Science und für digitale Souveränität sowie ihre konsequente Weiterentwicklung zu einer national und international vernetzten Forschungs- und Informationsarchitektur. Die Preisverleihung findet am 29. Oktober in Köln statt.

© ZBMED



Münster glättet historisches Kopfsteinpflaster

Um historisches Kopfsteinpflaster sicherer und komfortabler befahrbar zu machen, erprobt die Stadt Münster ein spezielles Verfahren. Beim sogenannten „Grinding“ wird die Oberfläche der alten Steine mit diamantbesetzten Schleifwalzen geglättet. Unebenheiten und Stolperkanten werden reduziert, die Anmutung des vorhandenen Pflasters bleibt erhalten. Davon sollen vor allem Radfahrende sowie Fußgängerinnen und Fußgänger profitieren. Zugleich verspricht sich die Stadt kürzere Bauzeiten und geringere Kosten: Rund 95.000 Euro kostet der Test, eine konventionelle Erneuerung würde nach Schätzungen rund 140.000 Euro kosten. Bewährt sich das Verfahren, könnte es auf weitere Straßen in Münster ausgeweitet werden.

www.stadt-muenster.de

© Fräsdienst E. Feind



Hagen: Servicezentrum für zugewanderte EU-Bürger

Neu zugewanderte Menschen aus der EU erhalten in Hagen seit Mitte September niedrigschwellige Unterstützung aus einer Hand. Im zentralen Bürgeramt bietet die Stadt mit dem „Servicezentrum Europa“ Anmeldung, Beratung und Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Dafür arbeiten Bürgeramt, Jobcenter und Kommunales Integrationszentrum eng zusammen. Das soll Wege verkürzen, Hilfeleistungen besser aufeinander abstimmen und die Integration in Arbeit erleichtern. Zugleich will die Stadt möglichen Sozialleistungsmissbrauch so frühzeitig erkennen. Das Servicezentrum ist Teil des „Hagen-Pakts 2026 bis 2035“ von Stadt und Land NRW.

www.hagen.de

Junge Ideen für Wohnkonzepte der Zukunft

Von Christof Rose und Maria Jourlova-Nordmeyer

Wie können wir unsere Städte und Gemeinden so weiterentwickeln, dass sie erschwinglichen Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen anbieten können? Insbesondere junge Wohnkonzepte werden häufig in Fachkreisen diskutiert – aber viel zu selten in die Praxis umgesetzt. Dabei stellt gerade dieses Planungssegment für Städte und Gemeinden eine ideale Möglichkeit dar, Experimente im Wohnungsbau zu wagen, junge Bevölkerungsgruppen anzusprechen, neue Partizipationsprozesse einzustudieren und sich als innovationsfreudige Kommune zu positionieren. Die neuen planungsrechtlichen Grundlagen, welche die Novellierung der Landesbauordnung NRW ab 1. September 2026 bietet, können Anlass sein, diesen Überlegungen verstärkt nachzugehen.

In Nordrhein-Westfalen erfolgt gegenwärtig bereits mehr als die Hälfte der Bauaktivität im Bestandsbereich. Die Architektenkammer NRW wirbt deshalb schon lange intensiv darum, den Fokus nicht allein auf den Neubau zu richten, sondern intelligente Lösungen zu entwickeln, die eine Bestandsanierung im großen Maßstab skalierbar und damit kostengünstiger möglich macht. Für Katja Domschky, Präsidentin der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, geht es darum, Bestehendes weiterzudenken. „Qualitäten erhalten statt abreißen: Das sind die Antworten unseres Berufsstands auf die Herausforderungen unserer Zeit“, unterstreicht die Präsidentin der größten deutschen Architektenkammer. „Klug, nachhaltig, mit Respekt vor dem, was schon da war. Das ist kein Kompromiss, das ist Haltung.“

Wie junge Planerinnen und Planer darüber denken, konnte die interessierte Öffentlichkeit im 11. UrbanSlam der Architektenkammer NRW erfahren, der am 16. Juni in der „digital Church“ in Aachen stattfand. Rund 120 junge Leute und Freunde der Baukultur hatten sich in der umgestalteten Kirche unweit der Aachener Innenstadt eingefunden, um

vier Architekturslams und Impulse aus der Wissenschaft zu erleben.

„Wir brauchen in der Architektur keine Märchen, sondern Geschichten. Keine großen Lehmwillen in der freien Landschaft, sondern nachhaltiges Bauen in der Stadt“, führte Prof. Florian Fischer-Almannai mit einem Impulsvortrag in den Abend ein. Der Leiter des Lehrstuhls für Wohnbau und Grundlagen des Entwerfens an der RWTH Aachen und Co-Gründer der Münchner Wohnungsbaugenossenschaft „Kooperative Grossstadt“ hat errechnet, dass wir theoretisch keinen Wohnungsneubau brauchen, wenn die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf von heute 48 auf 35 Quadratmeter gesenkt würde. Nach einer EU-Studie hätten wir EU-weit Potenzial für 100 Millionen Wohnungen – im Bestand. „Wir müssen ran an den bestehenden Wohnraum und mehr Experimente wagen“, postulierte Fischer-Almannai.

Vorschläge der Architektenkammer

Aus Sicht der Architektenkammer NRW müssen vor allem Umnutzungen großer Bestandsbauten sowie genossenschaftliche Wohnkonzepte gefördert werden. „Gerade neue Ideen für innerstädtische Komplexe von Kaufhäusern und Bürokomplexen, die nicht mehr genutzt werden, könnten Chancen für ein experimentelles, junges Wohnen bringen“, sagte Kammerpräsidentin Katja Domschky auf dem UrbanSlam in Aachen. Zu den Strategien müssten auch generationengemischte Quartiere und Angebote für temporäres Cluster-Wohnen oder Wohnungs-Sharing gehören.

Mixed-Use-Houses und Weiternutzung

Über ihren Entwurf, ein leerstehendes Bürogebäude in zentraler Lage in Düsseldorf zu einem Mixed-Use-Haus mit Wohnraum für Geflüchtete umzubauen, sprach Architektur-Absolventin Marie Becker. „Wohnen ist ein Menschenrecht. Architektur kann Heimat nicht ersetzen. Sie kann aber helfen, anzukommen und sich wohlfühlen“, führte Becker leidenschaftlich aus.

Ihr Konzept sah exemplarisch vor, in den oberen Geschossen kleine Wohnungen mit flexibler Möblierung vorzuhalten, während das Erdgeschoss als offener Ort der Begegnung mit Atelierräumen und Restaurants gestaltet werden könnte. Sollte der Bedarf nach dem Wohnraum für Geflüchtete sinken, könnten die Wohnungen zukünftig auch als Studentenunterkünfte genutzt werden.

„Die Zukunft des Wohnens entscheidet sich nicht in den Wohnungen, sondern in den Räumen dazwischen“, postulierte Junior-Architekt Jan-Lukas Müller. Er hatte ein Konzept für die Umnutzung eines ehemaligen Kaufhauses in der Aachener Innenstadt entwickelt und damit am Wettbewerb „Handel im Wandel“ der Stadt Aachen teilgenommen. Sein Lösungsansatz verknüpft städtebauliche, gestalterische, architektonische und nutzungsspezifische Fragen im lokalen Kontext – und schlägt vor allem vor, Junge und Alte zusammen wohnen zu lassen: „Leute, die kein Geld und keine Zeit haben. Oder die wissen, dass beides irgendwann egal ist“, spitzte Müller zu. „Gute Städte funktionieren, wenn für alle Menschen ein breiter Zugang zu gesellschaftlichem Leben und Gemeinschaftsräumen besteht. Umgenutzte ehemalige Kaufhäuser in Premiumlagen könnten dazu beitragen“.

Wohnangebote für alle Bevölkerungsgruppen

Spezifische Angebote für junge, ältere oder andere Bevölkerungsgruppen, die später aber umgenutzt werden können. Das ist auch nach Überzeugung von Junior-Architektin Charlotte Dahmen der richtige Weg für zeitgemäßen Wohnungsbau in Ballungsräumen. Ihr Thema ist die Sanierung und Weiternutzung von Altbauten in Bestandsquartieren für alte Menschen. Vor allem das Vorhandensein von zentralen Versorgungsangeboten sei hier ein starkes Argument. Charlotte Dahmen: „Bei einem Rundgang durch den Stadtteil stellte ich fest, dass alles da war, was für barrierefreies Wohnen angepasst werden könnte: Zeile, Geschossbau, Hochhaus.“



Vier gewinnt: Die Slammer des 11. UrbanSlam der Architektenkammer NRW waren (v. l.) Siegerin Marie Becker mit Jan-Lukas Müller, Charlotte Dahmen und Mladen Milinovic. (© Christof Rose/Architektenkammer NRW)

Neue Instrumente im Baurecht

Viele dieser Ansätze dürften sich künftig leichter als bisher realisieren lassen – und damit auch zu reduzierten Kosten. Die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen hatte insbesondere das Konzept einer „Oldtimerregelung“ für die Sanierung des Gebäudebestandes mitentwickelt. Demnach gelten künftig die bauaufsichtlichen Auflagen des Altbaus weiter, wenn angebaut oder ergänzt wird. Die aktuellen Anforderungen sollen dann lediglich für die ergänzten Baukörper gelten. „Dass die Oldtimerregelung in das NRW-Bau-recht übernommen wurde, ist ein großer Fortschritt“, unterstreicht Kammerpräsidentin Katja Domschky. Auch der (noch im Bundesrecht zu verankernde) „Gebäudetyp E“, nach dem ein „einfaches“ und „experimentelles“ Planen und Bauen möglich werden soll, könne dazu beitragen, mehr Wohnungsbau in den Städten und Gemeinden zu realisieren.

© Ingo Lammert



Christof Rose
Stellv. Geschäftsführer und
Pressesprecher
Architektenkammer NRW

© Ingo Lammert



Maria Jourlova-Nordmeyer
Referentin
Architektenkammer NRW

Familienzentren in Köln: Qualität als Schlüssel zu Bildungschancen

Von Daniela Wagner und Stephanie Butenop



Tagesstädte in Köln Ehrenfeld (© gehapromo – adobe.stock.com)

Das Landesprogramm „Familienzentren NRW“ existiert seit 20 Jahren und ist ein Erfolgsmodell zur Förderung von Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit. Familienzentren haben neben Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern den Auftrag, niederschwellige Angebote in Kooperation mit lokalen Partner*innen zu bündeln. Je nach Bedarf im Sozialraum bietet ein Familienzentrum unterschiedliche Unterstützungs- und Bildungsangebote an, z. B. Familienberatung oder Angebote der Familienbildung.

2026 sind in Köln 165 Kitas zu Einzel- und Verbundfamilienzentren zertifiziert, 266 Kölner Kitas tragen das Gütesiegel „Familienzentrum NRW“.

Herausforderungen und Qualitätsentwicklung für Familienzentren in Köln

Kitas und Familienzentren stehen vor massiven strukturellen und pädagogischen Herausforderungen. Die Komplexität der Arbeit und Aufgaben ist weiter angestiegen, Familien- und Beziehungsarbeit nimmt einen immer größeren Raum im Arbeitsalltag ein. Personalmangel und begrenzte Ressourcen erschweren die Sicherstellung der Qualität.

Köln ist den Herausforderungen mit einem Planungs- und Qualitätsentwicklungsprozess für Familienzentren nach §§ 79 und 79a SGB VIII im Jahr 2022 begegnet. In einem partizipativen Arbeitsprozess, unter Beteiligung der wichtigsten Stakeholder, wurden potenzielle Erfordernisse und Entwicklungsthemen herausgearbeitet und in eine Maßnahmenplanung übersetzt.

Neue Impulse für starke Familienzentren

Als lokaler Maßnahmenvorschlag ist z. B. eine verstärkte Nutzung des Online-Portals der Frühen Hilfen „GuterStart.Koeln“ zur Angebotsdarstellung und Vermeidung von Dopplungen zu nennen. Außerdem wurde ein neues Austauschformat für koordinierende Fachkräfte aus kommunalen und freien Trägern (AK Koordination Köln) implementiert.

Der AK Koordination Köln hat auf der operativen Ebene das Ziel, fachspezifische Themen und Fragestellungen zu bearbeiten. Als erste konkrete Aufgabe steht die Planung und Organisation eines gesamtstädtischen Fachtags der Familienzentren in Köln an. Auf der strukturellen Ebene steht die Entwicklung von gesamtstädtischen Qualitätsstandards für alle Kölner Familienzentren im Fokus.

In einem Impulspapier an das Land wurden konkrete Vorschläge, wie auskömmlicher Personaleinsatz und Flexibilisierung der Fördermittel zur Qualitätssicherung (z. B. für koordinierende Stellen) ausgearbeitet.

Lichtblicke: Mehr Qualität für Familienzentren – neue Chancen für Familien

Der bis 2025 in NRW vor allem quantitativ ausgerichtete Ausbau der Familienzentren wurde von der Landesregierung 2026 neu gestaltet. Künftig steht die qualitative Weiterentwicklung im Vordergrund, einhergehend mit einem Ausbaustopp für weitere Familienzentren. Die angekündigte „qualitative Weiterentwicklung“ und „Flexibilisierung der Ausbaumittel zur Qualitätsentwicklung“ der Familienzentren in NRW würde den Qualitätsentwicklungsprozess der Kölner Familienzentren gewinnbringend stärken.

Wenig konkret bleibt bisher die Ausgestaltung der im Rahmen der KiBiz-Reform angekündigten Chancen-Kitas. Wünschenswert wären ein Personalzusatz und koordinierende Stellen. Damit würden zentrale Vorschläge aus dem Kölner Qualitätsentwicklungsprozess für Familienzentren aufgegriffen.

Perspektivisch erscheint es sinnvoll, gelingende Übergänge in die Schule durch eine

noch fehlende systematisierte Zusammenarbeit von Familienzentren und Familiengrundschulzentren gezielt zu stärken. Eine landesseitig angestoßene strukturelle Weiterentwicklung hin zu einem verbindlichen Kooperationsmodell zwischen Familienzentren und Familiengrundschulzentren mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung von Bildungschancen könnte hierzu beitragen.

Gerade in herausfordernden Sozialräumen könnte der Übergang von der Kita in die Grundschule geebnet werden und ein Best Practice der Zusammenarbeit entstehen. Aufgrund des Erfahrungsschatzes der Familienzentren in Kita und Schule könnten diese gerade bei Netzwerkarbeit und Familienorientierung als „Chancen-Leuchttürme“ dienen.

Diversen Bedarfen von Familien, Herausforderungen der Kitas und dem personal- und zeitaufwendigen Zertifizierungsverfahren der Familienzentren gilt es vielfältig und kreativ zu begegnen. Das System Familienzentrum wartet auf eine passgenaue Unterstützung. „Chancen-Kitas“ könnten Teil dieser Unterstützung sein.

Für Kölner Familienzentren könnten Maßnahmenvorschläge des Qualitätsentwicklungsprozesses eine Antwort erfahren und der Weg hin zu mehr Qualität und Bildungschancen eine Zielrichtung bekommen.



Daniela Wagner
Fachberatung Familienzentren
Amt für Kinder, Jugend und
Familie der Stadt Köln



Stephanie Butenop
Projektkoordination Familienzentren
Amt für Kinder, Jugend und
Familie der Stadt Köln

www.familienzentrum.nrw.de
www.guterstart.nrw.de

Fachkräfte gesucht: Bochum setzt auf Brasilien

Von Sebastian Kopietz

Der Fachkräftemangel stellt auch Kommunen vor große Herausforderungen. Um langfristig qualifizierte Nachwuchskräfte zu gewinnen, hat die Stadt Herne eine Ausbildungspartnerschaft mit Brasilien ins Leben gerufen. Dieser Initiative haben sich die Stadt Bochum, die Stadtwerke Herne sowie die Straßenbahn Herne-Castrop-Rauxel angeschlossen. Ziel ist es, Fachkräfte und Auszubildende auch außerhalb des deutschen Arbeitsmarktes zu gewinnen.

Die Ausbildungspartnerschaft erfolgt im Rahmen des Pilotprojekt APAL (Ausbildungspartnerschaften mit Asien und Lateinamerika) der Bundesagentur für Arbeit. Auf diese Weise nutzen alle Partner ein bestehendes Verfahren mit klaren Prozessen von der Rekrutierung bis zur Einreise.

Die Kooperation startete im Juli 2025. Nach der Vorstellung der Ausbildungsangebote gingen 163 Bewerbungen für die ausgeschriebenen Stellen ein. Die Auswahl erfolgte im August 2025 in strukturierten Interviews mit Unterstützung von Übersetzer*innen. Anschließend begannen die ausgewählten Bewerber*innen mit dem Erwerb der deutschen Sprache bis zum Niveau B1. Seit ihrer Einreise im Juni 2026 setzen sie den Sprachkurs bis zum Niveau B2 fort und absolvieren vor Ausbildungsbeginn ein Praktikum im jeweiligen Berufsfeld.

Einer von ihnen ist Lourenço Winter, der bei der Stadt Bochum derzeit sein Praktikum im IT-Bereich absolviert und anschließend eine Ausbildung zum Fachinformatiker für Systemintegration beginnt.

Sein Feedback der Anfangsphase fällt durchweg positiv aus. Im Team fühlt er sich bereits gut aufgenommen und blickt dem baldigen Ausbildungsbeginn mit großer Vorfreude entgegen.

Gemeinsam mit anderen angehenden Auszubildenden des Projekts lebt Lourenço in einer Wohngemeinschaft und hat sich bereits sehr gut eingelebt. Er nutzt regelmäßig den öffentlichen Nahverkehr, besucht ein Fitnessstudio in der Nähe seines Wohnorts und hat bereits einen festen Alltag entwickelt. Dass die ersten Teilnehmenden ihren Start in Bochum so erfolgreich gestalten, bestätigt den ganzheitlichen Ansatz des Projekts.

Dieses Projekt steht für die Stadt Bochum exemplarisch für einen weiteren Ansatz zur Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst. Es geht aber auch darum, jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu eröffnen und sie auf ihrem Weg in ein neues Lebensumfeld zu begleiten. Zu sehen, wie gut die ersten Auszubildenden bereits angekommen sind, und mit wie viel Engagement



Auszubildende der Stadt Bochum (© Stadt Herne)



Rathaus der Stadt Bochum (© Henryk Sadura – adobe.stock.com)

sie ihren Start meistern erfüllt alle Beteiligten mit großem Stolz.

Im Unternehmensverbund stehen aktuell insgesamt sechs Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Stadt Bochum bietet jeweils einen Ausbildungsplatz als Fachinformatiker*in der Fachrichtung Systemintegration sowie als Kinderpfleger*in mit anschließender Ausbildung zur/zum Erzieher*in. Weitere Ausbildungsplätze werden von den Projektpartner*innen in technischen Berufen bereitgestellt.

Besonderen Wert legen die Projektpartner*innen auf eine gute Integration der Nachwuchskräfte. Ehrenamtliche Mentor*innen des Senior Expert Service begleiten die Auszubildenden in den ersten drei Monaten nach ihrer Ankunft. Dazu gehören Unterstützung bei Behördengängen, Informationen zum Leben in Deutschland, Hilfestellungen rund um das Gesundheits- und Sozialsystem sowie im Bereich der Mobilität.

Die Ausbildungspartnerschaft ist zugleich eine Investition in die Zukunft. Für die Rekrutierung, sprachliche Vorbereitung und Integration der Auszubildenden entstehen einmalige Kosten von rund 12.000 Euro pro Person. Darin enthalten sind unter anderem Ausgaben für Anerkennungs- und Visumverfahren, Sprachkurse bis zum Niveau B2, Flugreisen sowie die Erstausrüstung der Wohnung.

Die Finanzierung erfolgt auf mehreren Säulen: Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt Leistungen rund um Beratung, Rekrutierung, Vermittlung und Projektkoordination. Weitere Kosten tragen die beteiligten Arbeitgeber*innen unter Berücksichtigung möglicher Fördermittel.

Die Projektpartner*innen wollen mit dem Vorhaben Erfahrungen in der internationalen Nachwuchsgewinnung sammeln und neue Wege zur Fachkräftesicherung erproben. Das gemeinsame Motto lautet: „Kooperieren. Ausprobieren. Weiterentwickeln.“

© Sascha Kreklau



Sebastian Kopietz
Stadtdirektor und Beigeordneter der Stadt Bochum; ab 1. Oktober stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Beigeordneter für Klima, Umwelt, Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz des Deutschen Städtetages

<https://t1p.de/Brasilien-Bochum>

Bingo! Ehrenamtsstiftung NRW fördert ehrenamtliche Tätigkeiten

Von Stephanie Pieper

Mehr als die Hälfte der Menschen in Nordrhein-Westfalen üben ein Ehrenamt aus. Fördermittel für neue Projekte zu bekommen, wird für gemeinnützige Organisationen mit der neu gegründeten Bingo! Ehrenamtsstiftung NRW jetzt deutlich einfacher.

Ehrenamtliches Engagement hat für das Land Nordrhein-Westfalen einen sehr hohen Stellenwert. Für gemeinnützige Organisa-

tionen und Vereine gibt es seit 1. September eine neue Option. Bei der kürzlich von WestLotto gegründeten Bingo! Ehrenamtsstiftung NRW können Fördermittel zwischen 1.000 und 5.000 Euro beantragt werden. Finanziell unterstützt werden neue Projekte, die das Ehrenamt in den Mittelpunkt stellen, mit einem zeitlich begrenzten Rahmen und einem Bezug zu NRW. Projektbezogene Sach- und Personalausgaben, die in direktem Zusammenhang mit dem Förderprojekt stehen, können geltend gemacht werden. Das ist in allen gesellschaftlichen Bereichen möglich, in denen Ehrenamt wirkt, zum Beispiel in Sport, Kultur, Sozialem, Bildung, Integration, Umwelt, Nachbarschaft oder Gesundheit. Die Projekte dürfen zum Zeitpunkt des Antrags noch nicht gestartet sein. Eine Förderung ist im laufenden Kalenderjahr pro Organisation einmal möglich.

Herzensprojekte möglich machen

„Mit der neuen Stiftung möchten wir ehrenamtlich tätigen Menschen in NRW ein einfach zugängliches, digitales und unkompliziertes Förderangebot machen“, sagt Axel Weber, Geschäftsführer der Bingo! Ehrenamtsstiftung NRW. „Häufig sind es nur kleine Summen, die aus einer Idee ein Herzensprojekt werden lassen“, so Weber weiter. Genau diese Summen fehlen laut einer Fördermittelstudie des ZiviZ-Instituts, um ein Ehrenamt wirkungsvoll gestalten zu können und damit einen Nutzen vor Ort zu schaffen. „Tolle Ideen und Projekte dürfen nicht am Geld scheitern.“

Ehrenamtliches Engagement unbezahlbar

Ehrenamtliche Arbeit ist eine tragende Säule in Nordrhein-Westfalen. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und trägt



„Häufig sind es nur kleine Summen, die aus einer Idee ein Herzensprojekt werden lassen ...“

Axel Weber
Geschäftsführer der Bingo!
Ehrenamtsstiftung NRW

Bingo!

Ehrenamtsstiftung

NRW

wesentlich zur Lebensqualität im Land bei. Zudem ist freiwilliges Engagement praktisch unbezahlbar. Laut aktuellen Zahlen aus dem EhrenamtAtlas 2026 haben Ehrenamtsstunden gemessen am bestehenden Mindestlohn einen wirtschaftlichen Gegenwert von rund 24,5 Milliarden Euro. Mit der Gründung der Bingo! Ehrenamtsstiftung NRW möchte WestLotto, die staatliche Lotteriegesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, bürgerschaftliches Engagement möglich, attraktiv und sichtbar machen und setzt den Weg zur Stärkung des Ehrenamtes im engen Schulterschluss mit dem Land konsequent fort. Ziel ist, dass die Förderung direkt dort ankommt, wo sie auch gebraucht wird.

„Nordrhein-Westfalen steht für Zusammenhalt und eine lebenswerte Heimat. Überall in unserem Land engagieren sich Menschen ehrenamtlich: im Schützen-, Musik- oder Sportverein, für Familie, Umwelt- und Naturschutz oder in Kultur und Brauchtum. Ihr Engagement stärkt das Miteinander und ist zugleich ein wichtiger Beitrag für unsere Demokratie. Denn überall dort, wo Menschen gemeinsam handeln, haben Extremisten keine Chance. Mit der Bingo! Ehrenamtsstiftung NRW schaffen wir gemeinsam mit WestLotto die Rahmenbedingungen dafür, dass gute Ideen vor Ort umgesetzt werden. Damit geben wir den Menschen Anerkennung und Rückendeckung, die sich Tag für Tag in unserem Land ehrenamtlich engagieren“, sagt NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst anlässlich der Gründung der Stiftung.

Einfacher, digitaler Fördermittelprozess

Bereits seit August können sich gemeinnützige Organisationen und Vereine unter www.bingo-ehrenamtsstiftung.nrw registrieren. Im ersten Schritt sind nur der Registereintrag, Bankverbindung und die Anschrift der Organisation notwendig. Seit 1. September können Anträge für Gelder auf dem Förderportal gestellt werden. Die Finanzierung der Förderung soll aus den staatlichen Konzessionsabgaben der von WestLotto neu aufgelegten Lotterie Local Hero Bingo! erfolgen, die am 21. September gestartet ist.

Landesweit bereits großer Zuspruch

In den ersten Wochen nach Start des Förderportals haben sich bereits zahlreiche gemeinnützige Organisationen und Vereine registriert. Mehrere hundert Anträge sind schon bei der Stiftung eingegangen. Je konkreter die kurze Projektbeschreibung und der Finanzplan bei den Anträgen gestaltet ist, desto einfacher und schneller funktioniert das Genehmigungsverfahren.



Stephanie Pieper
Pressesprecherin
Bingo! Ehrenamtsstiftung NRW



Queer.Kommunal: Austausch und Vernetzung für Städte

Wie können Städte die Gleichstellung von LSBTIQ*-Menschen stärken und Diskriminierung entgegenwirken? Antworten darauf liefert unter anderem das 2015 gegründete Bundesnetzwerk „Queer.Kommunal“. Es bringt kommunale Fachkräfte zusammen und ermöglicht fachlichen Austausch und gegenseitige Unterstützung. Themen sind unter anderem Gewaltprävention, queere Geflüchtete, Kinder- und Jugendarbeit, Alter und Pflege sowie geschlechtersensible Stadtentwicklung. Interessierte Städte können sich an den jährlichen Vernetzungstreffen und weiteren Austauschformaten beteiligen und dem Netzwerk beitreten. Ein neues Papier informiert über Ziele, Arbeitsweise und Ansprechstellen des Netzwerks.

<https://t1p.de/QueerKommunal>



Schnellere Genehmigungen für Schwertransporte

Land, Kommunen und Wirtschaft wollen Genehmigungen für Großraum- und Schwertransporte in NRW vereinfachen und beschleunigen. Ein gemeinsames Memorandum des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW, der kommunalen Spitzenverbände sowie von Wirtschafts- und Logistikverbänden aus dem Sommer sieht vor, die bislang 53 zuständigen kommunalen Behörden freiwillig auf etwa zehn bis zwölf zu bündeln. Zudem sollen die Verfahren vollständig digitalisiert und künftig auch KI-gestützt bearbeitet werden. Ein landesweites digitales Positivnetz soll wiederkehrende Routen schneller genehmigungsfähig machen. Weitere Maßnahmen betreffen Transportkorridore von Häfen und den Austausch von Statikdaten. Die Umsetzung ist innerhalb von drei Jahren vorgesehen.

NRW legt neuen Teilhabe- und Integrationsbericht vor

Das Land NRW hat den Teilhabe- und Integrationsbericht 2026 vorgelegt. Er beschreibt zentrale Entwicklungen der Integrationspolitik und wertet Daten zu Einwanderung und Integration aus. Im Fokus stehen unter anderem Bildung, Arbeitsmarkt, Einbürgerung, Zugehörigkeit und Benachteiligung. Ein besonderer Blick gilt den Kommunen: Der Bericht stellt die Kommunalen Integrationszentren und das Kommunale Integrationsmanagement vor und beleuchtet die kommunal verankerte Integrationsinfrastruktur. In NRW leben rund 5,7 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

<https://t1p.de/Tul-Bericht>



© Stadt Oberhausen

Der Kaisergarten in Oberhausen

Oberhausen hat viele schöne Ecken – wenn ich mich jedoch für einen Lieblingssort entscheiden müsste, wäre meine Wahl der Kaisergarten. Für mich ist er eine grüne Oase mitten in der Stadt und ein Platz, an dem Erholung und lebendiges Stadtleben auf besondere Weise zusammenkommen. Die unmittelbare Lage am Schloss Oberhausen und am Rhein-Herne-Kanal verleiht dem Gelände einen ganz eigenen Charakter und macht jeden Besuch zu etwas Besonderem.

Gleichzeitig spürt man im Kaisergarten, wie lebendig unsere Stadt ist. Hier treffen sich Menschen jeden Alters – Familien mit Kindern, Spaziergängerinnen und Spaziergänger, Sportbegeisterte oder Seniorinnen und Senioren. Der Kaisergarten ist ein Ort für alle Oberhausenerinnen und Oberhausener. Er verbindet Natur, Erholung und Gemeinschaft auf ganz besondere Weise und zeigt, wie wichtig öffentliche Räume für das Miteinander in unserer Stadt sind.

Deshalb komme ich auch besonders gerne mit meiner Familie hierher. Ob bei einem gemeinsamen Spaziergang, einem Besuch im Tiergehege oder einfach, um Zeit im Grünen zu verbringen – der Kaisergarten bietet viele Möglichkeiten, den Alltag für eine Weile hinter sich zu lassen. Für mich steht dieser Ort sinnbildlich für Oberhausen: offen, vielfältig, lebenswert und nah an den Menschen. Genau deshalb ist der Kaisergarten mein persönlicher Lieblingssort – ein Platz, an den ich immer wieder gerne zurückkehre und den ich jedem ans Herz legen kann.

© Stadt Oberhausen,
Tom Thöne



Oberbürgermeister
Thorsten Berg
Stadt Oberhausen



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
www.staedtetag-nrw.de/presse/folgen-sie-uns

Christian Schuchardt,
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Timm Steinborn (V.i.s.d.P.),
Leiter Abteilung Kommunikation
und Medien

Redaktionsleitung: Uwe Sommer
Mitarbeit: Janina Hausner
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

ISSN: 2364-0618
Köln, Oktober 2026